

V-1 Vor sexueller Belästigung schützen - „Catcalling“ unter Strafe stellen

Gremium: LAG Feminismus
Beschlussdatum: 08.01.2026
Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir wirken auf den Bund hin, ein Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuchs zur
- 2 Verbesserung des Schutzes vor sexueller Belästigung, dem sogenannten
- 3 „Catcalling“ zu schaffen.

Begründung

Die aktuelle Rechtslage sieht keine strafrechtliche Verfolgung für sexuelle Belästigung in Form verbaler Äußerungen oder nonverbaler Gesten ohne körperlichen Kontakt, sogenanntes „Catcalling“ vor. Diese Strafbarkeitslücke stellt einen erheblichen Eingriff in das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung dar und betrifft insbesondere Frauen und Mädchen. Verbale und nonverbale Formen sexueller Belästigung können als Formen psychischer Gewalt betrachtet werden und haben das Potenzial, betroffene Personen erheblich zu beeinträchtigen.

Das Land Niedersachsen hat hierzu eine Initiative für einen Gesetzesentwurf im Bundesrat eingebracht. Der Gesetzesentwurf zielt darauf ab, diese Strafbarkeitslücke zu schließen, indem ein neuer Straftatbestand geschaffen wird, der verbale und nonverbale sexuelle Belästigung erfasst. Der neue Absatz 1 in § 184i StGB soll die Grundlage bieten, um solche Formen der Belästigung strafrechtlich zu verfolgen und so die sexuelle Selbstbestimmung der betroffenen Personen zu schützen.

Eine Strafbarkeit wegen sexueller Belästigung gemäß § 184i Absatz 1 des Strafgesetzbuchs (StGB) in der bislang geltenden Fassung kommt nicht in Betracht, da dieser Straftatbestand eine körperliche Berührung des Opfers voraussetzt. Gleiches gilt für § 177 Abs. 1 StGB.

Auch eine Strafbarkeit wegen Beleidigung gemäß § 185 StGB ist bei verbalen sexuellen Belästigungen regelmäßig nicht gegeben. Denn nach der Rechtsprechung liegt ein für die Verwirklichung des Tatbestandes erforderlicher Angriff auf die Ehre der betroffenen Person nur vor, wenn der Täter mit seiner Äußerung zum Ausdruck bringt, die betroffene Person weise insoweit einen seine Ehre mindernden Mangel auf. Das ist bei verbalen sexuellen Belästigungen üblicherweise nicht der Fall.

V-2 Damit uns keener wat kann: Berliner Stromversorgung dezentral, sicher und erneuerbar gestalten

Antragsteller*in: André Stephan (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

1 Der Landesausschuss möge beschließen:

2 Die Lebensadern unserer Stadt sind verletzlich und einer gezielten Bedrohung
3 ausgesetzt. Ob Unfall wie 2019 oder Anschläge wie 2025 und 2026: Der Ausfall von
4 Strom, Wärme und Kommunikation hat das Vertrauen in staatliche Daseinsvorsorge
5 tief erschüttert und uns die derzeitigen Grenzen von Versorgungssicherheit und
6 Katastrophenschutz verdeutlicht.

7 Diese Ereignisse sind ein Weckruf. Das Stromnetz ist eine der physischen
8 Strukturen, die für das soziale und wirtschaftliche Funktionieren unserer
9 Gesellschaft wesentlich sind. Fallen sie aus, sind wir alle betroffen,
10 unabhängig von sozialem und ökonomischem Status, von Alter, geschlechtlicher
11 Identität, physischer und psychischer Gesundheit, Herkunft oder
12 Familiengeschichte. Die Folgen jedoch treffen nicht alle Menschen gleich hart.
13 Es ist daher eine elementare Gerechtigkeitsfrage, vorzusorgen und Ausfälle zu
14 verhindern. Die bisherige Senatspolitik, die primär auf Überwachung und Reaktion
15 setzt, greift hier viel zu kurz. Wir brauchen eine präventive Strukturpolitik
16 für unsere Netze!

17 Wir Bündnisgrüne begreifen Sicherheitspolitik daher schon seit Langem als
18 integralen Bestandteil der Energiepolitik. Wer sich auf wenige zentrale
19 Kraftwerke, „Stromautobahnen“ und gebündelte Trassen verlässt, ist abhängig,
20 erpressbar und verwundbar. Echte Resilienz entsteht aber nicht allein durch
21 höhere Zäune oder Verschweigen von Trassenverläufen, sondern durch eine
22 intelligente, dezentrale Struktur des Netzes selbst.

23 Wir wollen ein Berlin, das auch dann nicht dunkel wird, wenn eine Haupttrasse
24 getroffen ist. Zumal mehr Sicherheit schaffende Großprojekte wie die
25 unterirdische Kabelvertikale Berlin Süd (KVB S) noch im Planungsstadium sind.
26 Unsere Antwort ist die dezentrale Energiewende: Ein Netz aus vielen Zellen,
27 gespeist aus Erneuerbaren Energien, gepuffert durch Speicher und Vernetzung.

28 Wir werden uns daher mit Nachdruck für die Umsetzung des folgenden Plans zur
29 Energie-Resilienz einsetzen:

30 1. Priorität für Geo-Redundanz und physische Härtung

31 Die Ereignisse an der Salvador-Allende-Brücke (2019) und am Teltowkanal
32 (2025/2026) haben gezeigt, dass logische Redundanz (n-1) ohne geografische
33 Trennung wertlos ist. Wenn Haupt- und Ersatzleitung über dieselbe Brücke führen,
34 fallen bei einem Brand gleich beide Komponenten aus. Wir fordern zunächst eine
35 unverzügliche Überprüfung aller kritischen Netzengpässe, insbesondere bei
36 Brücken- und Kanalquerungen.

37 Bei Sanierung und Neubau von Trassen soll aber künftig echte Geo-Redundanz
38 hergestellt werden. Netzbereiche müssen durch mehrere, geographisch und baulich

39 getrennte Leitungstrassen versorgt werden, bzw. durch ausreichende dezentrale
40 Puffer Versorgungsausfälle im Ernstfall besser kompensieren können.

41 Wo immer es technisch möglich ist, sind vulnerable Oberleitungen und
42 Kabelbrücken durch unterirdische Dükungen zu ersetzen, um die Angriffsfläche
43 für Sabotage, Unfälle und Witterungsextreme zu minimieren.

44 2. Paradigmenwechsel zum Zellularen Energiesystem

45 Wir wollen das Berliner Netz von einer hierarchischen Einbahnstraße zu einem
46 lebendigen, zellularen Organismus umbauen, wie es etwa auch dem VDE-Leitbild
47 entspricht.

48 Berlin muss sich endlich politisch und technisch zum Leitbild des Zellularen
49 Energiesystems bekennen. Unser Ziel ist, dass Stadtteile oder Kieze im
50 Krisenfall durch einen "System-Split" als autarke Inselnetze weiterfunktionieren
51 können.

52 Wir fordern die Einführung einer „Resilienz-Quote“ bei der Ausweisung neuer
53 Stadtquartiere (z.B. für UTR/TXL und Siemensstadt). Diese müssen so geplant
54 werden, dass sie ihren Notbetrieb durch lokale Solaranlagen (PV),
55 Blockheizkraftwerke (BHKW) und Energiespeicher selbst sichern können.

56 Dazu benötigen wir eine verlässliche Förderung von dezentraler Netzwerktechnik
57 der Stromerzeugung, wie netzbildenden Wechselrichtern oder schwarzstartfähigen
58 Anlagen. Nur so können Photovoltaikanlagen auch bei Netzausfall weiter Strom
59 liefern, statt sich genau dann abzuschalten, wenn sie unerlässlich sind.

60 3. Sektorenkopplung als Sicherheitsreserve nutzen

61 Die Trennung der Sektoren Strom, Wärme, Mobilität und Kommunikation ist
62 Schubladendenken von gestern. Auch hier gilt es, vernetzt zu denken. Im
63 Krisenfall müssen alle Ressourcen genutzt werden, um die Daseinsvorsorge zu
64 sichern.

65 Seit 2026 ist aufgrund der Änderung des EnWG 2026 bi-direktionales Laden von
66 Elektroautos wirtschaftlich möglich. Wir fordern, dass die Flotten des Landes
67 Berlin unverzüglich technisch so umgerüstet werden, dass sie bei Netzausfällen
68 als mobile Notstromkraftwerke für kritische Einrichtungen (Schulen, Pflegeheime,
69 Feuerwachen) dienen können.

70 Wir benötigen den Auf- und Ausbau von Quartiers-Wärmespeichern (Power-to-Heat),
71 um bei kurzfristigen Stromausfällen das Auskühlen der Wohngebäude zu verhindern
72 und die Gasabhängigkeit strukturell zu reduzieren.

73 Das Stromnetz mag das Rückgrat unserer Infrastruktur sein, aber das
74 Mobilfunknetz ist längst unsere Nervenbahn. Im Ernstfall allein auf analoge
75 Kommunikation wie Flüstertüten oder Handzettel und Aushänge angewiesen zu sein,
76 provoziert kritische und im Zweifel sogar lebensbedrohliche Informationslücken.
77 Deshalb müssen an die Strompuffer der Mobilfunkmasten regulatorisch künftig
78 höhere Anforderungen gestellt werden.

79 4. KRITIS neu denken

80 Der Schutz unserer Infrastruktur darf weder zum Überwachungsstaat führen noch
81 naiv sein. Deshalb ist auch für uns eine restriktivere Handhabung sensibler
82 Infrastrukturdaten geboten. Transparenz gilt für Marktdaten, nicht für die
83 Sicherheitsarchitektur. Das gilt vor allem für detaillierte Lagepläne kritischer
84 Knotenpunkte.

85 Gegen Hacking braucht es intelligente Sensorik an physischen Knotenpunkten, die
86 Manipulationen (Hitze, Erschütterung) in Echtzeit meldet, bevor ein Totalausfall
87 eintritt. Solche Maßnahmen von Bauwerken greifen wie auch eine optische
88 Überwachung in der Regel nicht in Grundrechte ein. Der Senat muss sich deshalb
89 fragen lassen, wieso sie trotz entsprechender Ankündigungen noch nicht ergriffen
90 wurden.

91 5. Katastrophenschutz an die neue Realität anpassen

92 Der Staat muss gerade dann funktionieren, wenn das Versorgungsumfeld versagt.
93 Die erschreckenden Befunde des Landesrechnungshofes zum desolaten Zustand des
94 Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes nehmen wir ernst. Die Innensenatorin hat
95 bei der Aufgabe versagt, der Bedeutung und Dringlichkeit des Themas gerecht zu
96 werden. Statt die gesamtstädtische Steuerung der Katastrophenvorsorge
97 wahrzunehmen, sind nur Kosten und Stückwerk produziert worden – aber keine
98 verlässlichen Strukturen. Hier heißt es deshalb weiterhin wie in den
99 verwirrenden Handymitteilungen: „Extreme Gefahr“!

100 Alle beteiligten Behörden müssen im Krisenfall ihre Aufgabe genau kennen und
101 erfüllen. Die Einrichtung von Katastrophenschutz-Leuchttürmen in allen Bezirken
102 muss beschleunigt und standardisiert werden. Diese Anlaufstellen müssen über
103 autarke Energieversorgung (PV + Speicher) verfügen, um Kommunikation und Wärme
104 für die Bevölkerung dauerhaft zu sichern, unabhängig von Diesel-Logistik.

105 Zudem ist die sprichwörtliche Berliner Hilfsbereitschaft und Herzlichkeit ein
106 unvergleichlich belastbares solidarisches Sicherheitsnetz, das wir pflegen und
107 strategisch nutzen wollen. Der Aufbau eines digitalen Unterstützungs-Registers
108 auf freiwilliger Basis für vulnerable Gruppen (z.B. heimbeatmete Patient:innen)
109 ist für uns deshalb ein wesentlicher Baustein, etwa damit Rettungskräfte bei
110 Ausfall der Telefonnetze proaktiv Hilfe leisten und Evakuierungen priorisieren
111 können.

Begründung

Die Häufung der langanhaltenden Versorgungsausfälle duldet keinen Aufschub mehr! Während 2019 noch als Unfall verbucht werden konnte, zeigen die Angriffe von 2025 und 2026, dass unsere Infrastruktur jederzeit Ziel hybrider Kriegsführung und extremistischer Gewalt sein kann.

Ein reines „Flicken“ der teils antiken Elemente unserer Versorgungsleitungen reicht uns nicht aus. Das Berliner Stromnetz ist mit seinen 35.000 Kilometern Länge das Rückgrat unserer Stadt. Die Rekommunalisierung war unter grüner Regierungsbeteiligung der erste richtige Schritt, um die Kontrolle zurückzugewinnen. Jetzt muss der zweite Schritt folgen: Der technologische Umbau hin zu einem System, das Fehler toleriert und Angriffe absorbiert.

Die Dezentralisierung der Netze ist dabei kein grüner Selbstzweck, sondern die robuste Antwort auf zentrale Ausfallrisiken. Tausende Solaranlagen und Batteriespeicher sind eben nicht mit einem einzigen Brandsatz auszuschalten. Indem wir die Energiewende vorantreiben, machen wir Berlin nicht nur

klimateutral, sondern auch robust. Dies ist im ureigensten Interesse der Daseinsvorsorge und entspricht unserem grünen Verständnis von einer resilienten, solidarischen Stadtgesellschaft.

Unterstützer*innen

Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau); Philipp Freisleben (KV Berlin-Spandau); Ingeborg Hofer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Katharina Hild (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Martina Zander-Rade (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Felix Leander Droop (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Cornelia Poczka (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jessica Burkhardt (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Carlos Gümüşboğa (KV Berlin-Mitte); Ulrike Kipf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Andrea Nakoinz (KV Berlin-Pankow); Notker Schweikhardt (KV Berlin-Kreisfrei); Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow); Georg Atta Mensah (KV Berlin-Reinickendorf); Tuba Bozkurt (KV Berlin-Mitte); Silke Lambeck (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Carola Ehrlich-Cypria (KV Berlin-Pankow); Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Oliver Jütting (KV Berlin-Pankow); Can Aru (KV Berlin-Pankow); Jens-Peter Müller (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Doreen Frowitter (KV Berlin-Spandau); Susanne von Below (KV Berlin-Kreisfrei); Katja Ulbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Till Marvin Micke (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Marion Eschler (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Lars Andersen (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Lydia Krüger (KV Berlin-Pankow); Dario Planert (KV Berlin-Neukölln); Rebecca Aru (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

V-3 Wechseljahre enttabuisieren – Arbeitsbedingungen verbessern

Antragsteller*in: Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei)

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

Wir Bündnis 90/Die Grünen Berlin setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit von Wechseljahren und Arbeitsleben ein. FLINTA*, die sich in den Wechseljahren befinden, haben ein Recht auf gesundheitliche Unterstützung und faire Arbeitsbedingungen. Wechseljahre sind keine Krankheit – aber sie haben häufig Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit, die gesellschaftlich bislang tabuisiert, individuell aber stark belastend sind. Wir wollen diesen Missstand beenden. Es braucht endlich Aufklärung, Forschung und konkrete Maßnahmen, damit FLINTA* in dieser Lebensphase selbstbestimmt, fair und gesund weiterarbeiten können.

Wir fordern:

- Eine umfassende Informations- und Sensibilisierungskampagne für Arbeitgeber*innen, Personalverantwortliche und den öffentlichen Dienst, etwa durch die Integration des Themas in bestehende Beratungsangebote und Weiterbildungen.
- Die Fortführung oder Förderung einer wissenschaftlichen Studie (z. B. IFAF-Studie „MenoSupport“), um Daten zur Verbreitung von Wechseljahresbeschwerden, ihren Auswirkungen auf Erwerbstätigkeit und zu den spezifischen Bedürfnissen von Arbeitnehmer*innen zu erheben – mit besonderem Fokus auf mehrfach diskriminierte Frauen.
- Die Entwicklung einer Wechseljahres-Strategie für die Berliner Verwaltung, orientiert am Vorbild Großbritanniens und an Studienergebnissen. Dabei sind spezifische Arbeitskontexte wie Schule, Kita, Sicherheitsbehörden und landeseigene Betriebe zu berücksichtigen.
- Ein Handlungsleitfaden für Unternehmen, der aufzeigt, wie Arbeitgeber*innen Wechseljahresbeschwerden fair und unterstützend begegnen können, etwa durch flexible Arbeitszeiten, Gesundheitsangebote, eine gute Arbeitsumgebung und Ruhebereiche – auf Basis wissenschaftlicher Empfehlungen.
- Die Unterstützung für eine bundesweite Strategie, um Wechseljahre in der Arbeitswelt zu enttabuisieren und strukturell zu verankern.

Begründung

In Berlin befinden sich schätzungsweise bis zu eine halbe Million FLINTA* in den Wechseljahren. Der Prozess der Wechseljahre beginnt mit der Prä- und Perimenopause, einer Übergangsphase mit hormonellen Veränderungen und unregelmäßigen Menstruationszyklen. Diese Phasen der physischen und psychischen Veränderungen werden als Wechseljahre bezeichnet.

Viele FLINTA* leiden während der Wechseljahre unter einer Vielzahl an Beschwerden wie körperlicher und geistiger Erschöpfung, Schlafstörungen, Reizbarkeit, depressiven Verstimmungen, Hitzewallungen

und Problemen mit der Sexualität, die oft über Jahre hinweg anhalten und den Alltag sowie den Beruf stark beeinträchtigen. Unbehandelte Wechseljahresstörungen führen zu Konzentrationsproblemen. Neben den persönlichen Belastungen entstehen den Betroffenen erhebliche wirtschaftliche Schäden, etwa durch Arbeitsausfälle. Auch die Rentenlücke von FLINTA* nimmt durch die Beschwerden in den Wechseljahren zu. Trotz der weitreichenden Auswirkungen bleibt das Thema – ähnlich wie Menstruationsbeschwerden – am Arbeitsplatz stark tabuisiert. Laut einer repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2023 sprechen nur 47 % der Betroffenen offen darüber, obwohl 93 % von Beschwerden berichten. Mehr als die Hälfte der FLINTA* fühlt sich von Arbeitgeber*innen kaum unterstützt und ein Drittel denkt wegen der Beschwerden über berufliche Veränderungen nach.

Um den Umgang mit Wechseljahresbeschwerden in der Arbeitswelt zu verbessern braucht es dringend Aufklärung, Forschung und wirksame Maßnahmen. In Deutschland fehlt bislang eine umfassende Strategie, es mangelt an Wissen, Ressourcen und Unterstützung für betroffene FLINTA* im Arbeitsleben. Beispielsweise könnten durch Ruheräume oder die Integration des Themas in die Personaljahresgespräche Verbesserungen erzielt werden.

Unterstützer*innen

Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jessica Burkhardt (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Helen Schmidt (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Mika Nyke Lou Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Magdalena Michalka (KV Berlin-Kreisfrei); Grit Menzzer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Marie-Lena Nelle (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Betül Bayrak (KV Berlin-Neukölln); Susanne Olschewski (KV Berlin-Kreisfrei)